



Satzung

§ 1 Name, Gerichtsstand, Gebiet und Sitz

1. Der Verein trägt den Namen „Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Soziokultur und Kulturpädagogik Rheinland-Pfalz e.V.“
2. Der Tätigkeitsbereich des Vereins ist das Gebiet des Bundeslandes Rheinland-Pfalz.
3. Sitz und Gerichtsstand ist Dorweiler/Hunsrück.
4. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck und Ziel des Vereins

1. Der Verein verfolgt den Zweck, die Arbeit der soziokulturellen Zentren und kulturpädagogischen Einrichtungen und Initiativen zu koordinieren und zu fördern.
2. Unter soziokulturellen Zentren und kulturpädagogischen Einrichtungen und Initiativen werden jene verstanden, deren Ziele durch folgende Merkmale bestimmt werden:
 - Offenheit für und Förderung von kulturellen und künstlerischen Bewegungen;
 - Anregung von sozialen, politischen und kulturellen Lernprozessen;
 - Förderung der Entwicklung junger Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit, insbesondere mittels Methoden der kulturellen Kinder- und Jugendbildung;
 - Basis und NutzerInnenorientierung, Offenheit und Zugang für alle;
 - Integration verschiedener Altersgruppen, sozialer Schichten und Ethnien;
 - Betonung des demokratischen und humanistischen Ideals von Kultur und Widerstand gegen faschistische, sexistische und menschenverachtende Bestrebungen;
 - Nicht profitorientierte Ausrichtung.
3. Dieser Zweck soll u.a. erreicht werden durch:
 - Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern;
 - Interessensvertretung gegenüber den kommunalen und staatlichen Stellen, politischen Parteien und anderen Behörden und Verwaltungen;
 - Information der Öffentlichkeit über die soziokulturelle und kulturpädagogische Arbeit;
 - Aufbau und Durchführung von Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, insbesondere zur Förderung der Entwicklung junger Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit mittels Methoden der kulturellen Kinder- und Jugendbildung;
 - Entwicklung und Förderung von Projekten der Kulturarbeit;
 - Zusammenarbeit mit Einrichtungen und Verbänden, die – auch in Teilbereichen – ähnliche Zielsetzungen verfolgen.
4. Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur und Kulturpädagogik Rheinland-Pfalz e.V. ist Mitglied in der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V., im Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen e.V. (BJKE), in der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V. (BKJ), in der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. und in der Landesarbeitsgemeinschaft anderen lernen e.V.



§ 3 Gemeinnützigkeit

Der Verein verfolgt mit seiner Tätigkeit ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung §§ 55ff. Alle Mittel des Vereins sind für diese gemeinnützige Zwecke gebunden, insbesondere sind alle Einkünfte und Überschüsse den gemeinnützigen Zwecken des Vereins zuzuführen.

Etwaige Gewinne dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglied auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßige Vergütungen begünstigt werden.

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

§ 4 Mitgliedschaft

1. Mitglied des Vereins können alle Kulturinitiativen und soziokulturellen wie kulturpädagogischen Zentren in Rheinland-Pfalz werden, deren Satzungen oder Statuten der Satzung des Vereins nicht widersprechen. Mitglied können juristische Personen, nichtrechtsfähige Vereine, Gesellschaften und Projekte werden, die den Merkmalen des § 2 Nr. 2 entsprechen. Die Aufnahme setzt die Anerkennung der Satzung der LAG voraus.
2. Der Aufnahmeantrag bedarf der Schriftform; er muss außer dem Antragsschreiben eine Selbstdarstellung der Einrichtung oder Initiative und deren Satzung oder Statuten enthalten. Zentren in kommunaler Trägerschaft müssen durch entsprechende Verträge zwischen Betreiber und Träger nachweisen können, dass die satzungsgemäßen Ziele gewährleistet sind. Der Antrag ist von den jeweiligen Vorständen bzw. RechtsvertreterInnen zu unterzeichnen. Über die Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung mit 2/3-Mehrheit in Anwesenheit von mindestens einem/einer VertreterIn des Antragsstellers.
3. Die Mitgliedschaft erlischt
 - a) mit der Auflösung des Rechtsträgers, der die Mitgliedschaft inne hat;
 - b) mit der Einstellung der soziokulturellen oder kulturpädagogischen Tätigkeit des Mitglieds;
 - c) durch Austritt zum Ende des Geschäftsjahres, wenn eine schriftliche Austrittserklärung spätestens 3 Monate vor Ablauf des Geschäftsjahres bei einem Vorstandsmitglied eingegangen ist;
 - d) durch Ausschluss bei Vorliegen eines wichtigen Grundes, insbesondere wenn ein Mitglied gegen die Satzung des Vereins verstößt. Der Ausschluss erfolgt durch die Mitgliederversammlung mit 2/3-Mehrheit. Eine schriftliche Begründung ist dem Mitglied zuzuleiten.
 - e) Wenn ein Mitglied mit der Bezahlung des Mitgliedsbeitrages zwei Jahre im Verzug ist und nach zweimaliger Mahnung nicht bezahlt.

§ 5 Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind:

1. die Mitgliederversammlung;
2. der Vorstand,
3. ggf. der Beirat.



§ 6 Die Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung setzt sich zusammen aus VertreterInnen der jeweiligen Mitglieder. Stimmberechtigt ist jeweils nur ein/e VertreterIn des Mitgliedszentrums oder der Mitgliedsinitiative.
2. Die Aufgaben der Mitgliederversammlung sind:
 - Wahl des Vorstands;
 - Entgegennahme des Geschäftsberichts des Vorstandes sowie des Berichtes der RechnungsprüferInnen.
 - Entlastung des Vorstandes;
 - Wahl von zwei RechnungsprüferInnen;
 - Neuaufnahme und Ausschluss von Mitgliedern;
 - Beschlussfassung über die allgemeinen Richtlinien und Genehmigung des Arbeitsprogramms sowie des Haushaltsplans;
 - Beratung und Entscheidung allgemeiner Anträge und Beschwerden;
 - Satzungsänderungen;
 - Festsetzung der Mitgliedsbeiträge;
 - Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins.
3. Die Mitgliederversammlung findet mindestens einmal jährlich statt. Die Einberufung erfolgt durch ein Mitglied des Vorstands mit einer Frist von vier Wochen (gerechnet vom Tage des Poststempels) schriftlich an alle stimmberechtigten Mitglieder unter Bekanntgabe der Tagesordnung. Außerordentliche Mitgliederversammlungen können jederzeit schriftlich mit einer Ladungsfrist von vier Wochen durch ein Mitglied des Vorstandes unter Bekanntgabe der Tagesordnung einberufen werden. Die Mitgliederversammlung muss einberufen werden, wenn 1/3 der Mitglieder unter Vorlage einer Tagesordnung schriftlich einen Antrag bei einem Vorstandsmitglied stellen.
4. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 1/3 der Mitglieder anwesend sind. Sollten bei der ersten Einladung nicht 1/3 der Mitglieder erschienen sein, muss zu einem zweiten Termin eingeladen werden. Die dann anwesenden Mitglieder sind beschlussfähig. Die Mitgliederversammlung beschließt mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmen. Satzungsänderungen, Anträge auf Aufnahme in die LAG, die Festsetzung und Änderung der Mitgliedsbeiträge, der Ausschluss eines Mitglieds oder die Auflösung der Landesarbeitsgemeinschaft bedürfen der 2/3-Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Anträge auf Satzungsänderungen, Anträge auf Aufnahme in die LAG, Änderung der Mitgliedsbeiträge, der Ausschluss eines Mitglieds oder Auflösung des Vereins müssen zusammen mit der Einladung zur Mitgliederversammlung allen Mitgliedern schriftlich vorliegen.
5. Die Mitgliederversammlung ist grundsätzlich öffentlich. Für den Ausschluss der Öffentlichkeit bedarf es der einfachen Mehrheit der anwesenden Mitglieder.



§ 7 Der Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus drei gleichberechtigten SprecherInnen. Jeweils zwei SprecherInnen vertreten den Verein im Sinne § 26 des BGB. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei SprecherInnen anwesend sind. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit Mehrheit.
2. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für jeweils zwei Jahre gewählt. Der Vorstand bleibt bis zur Wahl eines neuen Vorstandes im Amt. Wiederwahl ist möglich. Abwahl und Neuwahl einzelner Vorstandsmitglieder ist auch während der Amtszeit möglich. Die Vorstandsmitglieder üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Die Vorstandsmitglieder dürfen nicht Mandats- oder Funktionsträger politischer Parteien auf Landesebene oder auf nationaler oder internationaler Ebene sein.
3. Der Vorstand ist berechtigt, eine/n Geschäftsführer/in zur Abwicklung der laufenden Geschäfte des Vereins zu bestellen.
4. Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht von der Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen werden. Der Vorstand hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung unter Angabe der Tagesordnung;
 - Aufstellen eines Haushaltsplans für das Geschäftsjahr und Erstellung eines jährlichen Geschäftsberichts;
 - Führung der laufenden Geschäfte des Vereins;
 - Abschluss und Kündigung von Arbeitsverträgen.
5. Die Vorstandssitzungen sind mitgliederöffentlich. Der Vorstand ist an die Beschlüsse der Mitgliederversammlung gebunden.

§ 8 Der Beirat

Zur Bearbeitung bestimmter Aufgaben kann die Mitgliederversammlung einen Beirat einsetzen. Der Beirat wird mit einfacher Mehrheit auf der Mitgliederversammlung gewählt.

§ 9 Mitgliedsbeiträge

Die Mitglieder sind zur Zahlung eines jährlichen Beitrages verpflichtet. Die Höhe des Mitgliedsbeitrages wird von der Mitgliederversammlung festgesetzt. Der Mitgliedsbeitrag ist jährlich fällig und bis zum 31.3. des Geschäftsjahres zu entrichten. Er wird per Lastschrift eingezogen.

§ 10 Beurkundung von Beschlüssen

Von jeder Mitgliederversammlung wird eine Niederschrift angefertigt, die von der Versammlungsleitung und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist. Vorstands- und Beiratssitzungen sind zu protokollieren.



§ 11 Auflösung des Vereins

1. Der Verein wird aufgelöst, wenn auf einer zu diesem Tagesordnungspunkt einberufenen Mitgliederversammlung 2/3 der anwesenden Mitglieder für die Auflösung stimmen.
2. Bei Auflösung des Vereins, sowie bei Wegfall seiner bisherigen Zwecke fällt das nach Begleichen aller Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen an die „Bundesvereinigung soziokultureller Zentren e.V.“ in Potsdam. Die Zustimmung des zuständigen Finanzamtes ist vorher einzuholen.

Dorweiler, 01.10.1992

geändert: Mainz, 05.12.2002
geändert: Mainz, 11.07.2006
geändert: Koblenz, 05.07.2007
geändert Koblenz, 20.01.2011